MORIA UND DIE SCHWEIZ

Wie Keller-Sutter die Türen schloss

Nach dem Brand im griechischen Flüchtlingslager Moria tat die Schweiz nur das Minimum. Dokumente zeigen auf, wie die zuständige Bundesrätin Karin Keller-Sutter geschickt alle Bemühungen für mehr Schweizer Hilfe ins Leere laufen liess.

VON RENATO BECK

Am Morgen nach dem Brand im griechischen Flüchtlingslager Moria liefen am 9. September im Bundeshaus West die Drähte heiss. Über 12 000 MigrantInnen, darunter 4000 Kinder und Jugendliche, waren auf einen Schlag obdachlos geworden, ohne eine gesicherte Versorgung mit dem Lebensnotwendigen. Die StrategInnen des Justiz- und Polizeidepartements brüteten nun darüber, welche Position die Schweiz vertreten sollte. Würde man Hilfe anbieten? Wenn ja, welche?

Kurz vor 10 Uhr hatte Daniel Bach, Medienchef des Staatssekretariats für Migration (SEM), die Leitlinien verschriftlicht. Fazit: bloss nicht vorpreschen. «Hier mal ein erster Entwurf», schrieb Bach an Mario Gattiker, den Leiter des SEM. Wortreich sind in seiner «Sprachregelung zum Brand Moria» sämtliche unterstützenden Aktivitäten der Schweiz in Moria der letzten Jahre auf den Franken genau aufgelistet, dann folgt eine Passage zu den politischen Konsequenzen des verheerenden Brandes. In fett gedruckter Schrift steht dort: «Eine Aufnahme von MigrantInnen und Migranten aus Moria steht aktuell nicht zur Diskussion.»

Zerredet und ausgebremst

In den kommenden Tagen werden das Departement und seine Vorsteherin Karin Keller-Sutter (FDP) von diesem Satz graduell abrücken. Wenn auch nur auf internationalen Druck hin. Sämtliche Bemühungen, Menschen, die dort seit Jahren unter widrigsten Bedingungen auf einen Asylentscheid warten, in den Schweizer Asylprozess zu bringen, blocken Keller-Sutter und ihre Leute ab. Initiativen werden ausgebremst, Hilfsangebote abgelehnt oder zerredet. Das geht aus einem Satz von Dokumenten hervor, den die WOZ gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz erhalten hat.

Dass sich die Schweiz überhaupt bewegte, liegt an der deutschen Ratspräsidentschaft der EU im letzten Jahr. Kurz nach dem Brand spricht das deutsche Innenministerium in Bern vor. Deutschland drängt die Schweiz, sich einer «Kooperation der Willigen» anzuschliessen und wenigstens auf sich allein gestellte Jugendliche und Kinder aus den ägäischen Elendslagern zu evakuieren. Die griechische Regierung hatte sich zuvor überreden lassen, 400 unbegleitete Minderjährige (UMA) von Lesbos aufs Festland zu bringen. Bezahlt hat den Transfer die EU-Kommission. Keller-Sutter ist nur zu einer kleinen Geste bereit. Sie sagt zu, 20 UMA zu übernehmen. Eine weitere Aufforderung zur viel beschworenen europäischen Solidarität in der Flüchtlingskrise, dieses Mal vom deutschen Innenminister Horst Seehofer und von EU-Innenkommissarin Ylva Johansson verschickt, findet in Bern kein Gehör. Das Schreiben beinhaltet die dringliche Bitte, auch Familien und anerkannte Flüchtlinge zu übernehmen. Deutschland, Luxemburg und die Niederlande sagen zu, die Schweiz nicht.

Dabei wäre es für Keller-Sutter nicht besonders kompliziert gewesen, einen Hilfsakt innenpolitisch zu erklären. In der Schweiz demonstrierten nach dem Brand Tausende für die Evakuation der Geflüchteten. Die acht grössten Städte, der Kanton Graubünden und zahlreiche kleinere Gemeinden hatten sich bereit erklärt, zusätzliche, im Elend gestrandete Flüchtlinge aufzunehmen. Keller-Sutter allein erhielt über tausend Briefe und Postkarten mit der Forderung nach schneller Hilfe. Achtzehn Organisationen schrieben ihr, fünf Petitionen wurden eingereicht. Vergeblich: KKS blieb hart.

> Achtzehn Organisationen schrieben ihr, es gab fünf Petitionen. Doch KKS blieb hart.

Darüber sprechen will sie nicht, wiederholte Interviewanfragen der WOZ liefen ins Leere. Ein einziges Mal äusserte sie sich in den Medien zu Moria und zur Forderung der Städte, das war zwei Tage nach dem Feuer im Schweizer Fernsehen. Das Interview wurde umfassend vorbereitet. Ihr Stab hatte ihr die wichtigsten Wortmeldungen zusammengestellt, von Glarner bis Glättli. Danach erhielt Keller-Sutter ein Papier mit den Kernbotschaften, die sie im Gespräch platzieren sollte. Die wichtigsten: Es müsse Hilfe vor Ort geleistet werden, die EU habe den Lead – und eine direkte Aufnahme von MigrantInnen durch die Städte sei rechtlich nicht möglich. Keller-Sutter gab die Botschaften fleissig wieder, betonte vor allem die Priorität der humanitären Soforthilfe. Zelte, Decken, Medikamente werde man nun liefern. Dabei hatte am selben Tag das Aussendepartement die neusten Infos aus Athen übermittelt: «Es scheint bereits genügend Zelte vor Ort zu haben.»

Ein bemerkenswertes politisches Manöver ist die Botschaft, wonach die Städte rechtlich gesehen keine Flüchtlinge direkt übernehmen könnten. Denn eine direkte Aufnahme wurde gar nie gefordert. «Dass wir nicht autonom handeln können, wissen wir, sonst hätten wir schon längst einen Flug gechartert und müssten gar nicht mit dem Bund reden», sagte Raphael Golta, Sozialvorsteher der Stadt Zürich, der WOZ verärgert. Golta sprach von 800 Menschen, die problemlos in Zürich untergebracht werden könnten. Der Berner Stadtpräsident Alec von Graffenried stellte für die gesamte Schweiz die Zahl 500 in den Raum. Und die grünliberale St. Galler Sozialdirektorin Sonja Lüthi klagte: «Es reicht definitiv nicht, in der jetzigen Notlage zwanzig Kinder aufzunehmen.»

Im Bundeshaus West, im Stab von Karin Keller-Sutter, stieg daraufhin die Nervosität. Man musste die Debatte rasch unter Kontrolle bringen und den Handlungsdruck von der Bundesrätin nehmen. Der Plan war, in einer Aussprache mit den aufmüpfigen Städten die Lage zu befrieden und ihre Forderungen still zu entsorgen.

Zuvor aber sollte ein anderes Treffen dem Departement bessere Karten in die Hand geben: Am 16. September, gut eine Woche nach der Katastrophe in Moria, lud Keller-Sutter in den Salon 2 des ehemaligen Luxushotels Bernerhof. Anwesend waren neben Keller-Sutter die Spitzen kantonsübergreifender Verbände, des Gemeinde- sowie des Städteverbands. Letzterer wird praktischerweise vom Solothurner Nationalrat und Parteikollegen Kurt Fluri angeführt. Was an der Sitzung besprochen wurde, ist nicht bekannt, ein Protokoll wurde nicht erstellt. Was sich sagen lässt: Eine ergebnisoffene Debatte war nie das Ziel der Veranstaltung. Die Abschlusserklärung, die im Wesentlichen Keller-Sutters Position wiedergibt, war schon vor dem Treffen verfasst worden. Das sorgte im Nachgang für grosse Irritation: Der Städteverband verschickte nach interner Konsultation einen Protestbrief an den Bund, in dem er sich von der angeblich gemeinsamen Erklärung distanzierte.

Mit dem Segen der Gemeinden, Kantone und Städte – oder jedenfalls deren VertreterInnen – im Gepäck wurden eine Woche nach dem Treffen im «Bernerhof» nun direkt die hilfswilligen Städte eingeladen. Dieses Mal ging es nicht mehr in den mondänen «Bernerhof», man traf sich im Staatssekretariat für Migration, Sitzungszimmer 81. Die Bundesrätin liess sich entschuldigen, den Lead hatte SEM-Chef Mario Gattiker.

Fünf Jahre EU-Türkei-Deal

Am 18. März 2016 schlossen die EU und die Türkei ein folgenreiches Abkommen, um nach dem Flüchtlingssommer 2015 die Reise nach Europa über die Ägäis deutlich zu erschweren. Geflüchtete sollten fortan in Hotspots auf den griechischen Inseln ein Asylgesuch stellen. Gegen Milliardenzahlungen verpflichtete sich die Türkei, diese bei einer Ablehnung zurückzunehmen. Auch wurde die Aufnahme syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge geregelt.

In den Flüchtlingscamps auf Inseln wie Lesbos, Samos oder Chios stieg darauf die Zahl der BewohnerInnen stark an. Wegen der Untätigkeit von Behörden und Politik leben dort bis heute Zehntausende unter unmenschlichen Bedingungen.

Zum Symbol für das Scheitern des Pakts wurde das Camp Moria auf Lesbos. Im September des letzten Jahres ging es bei einem Grossbrand in Flammen auf. Die Schweizer Regierung stellte darauf lediglich die Aufnahme von zwanzig Minderjährigen in Aussicht.

Es war bereits das zweite Treffen in dieser Konstellation: Die Städte hatten sich schon vor dem Brand zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria bereit gezeigt. Schon kurz vor dem Lockdown im Frühling war man zusammengekommen. Seither passiert war: nichts.

Gattiker, der bald in Pension geht, legte ein neues Argument fürs Nichtstun vor. Zwar sei die Situation auf den griechischen Inseln ein «humanitäres Desaster», allerdings sei sie nicht vergleichbar mit der Lage in Syrien oder Libyen. Aus diesen beiden Staaten nimmt die Schweiz im Rahmen internationaler Resettlement-Programme jährlich ein paar Hundert Flüchtlinge auf. Für eine Verbesserung der Lage in Lesbos, dozierte Gattiker, seien nun primär die EU und Griechenland zuständig.

Kleine Aufmunterung

Danach geschah an der Sitzung Erstaunliches. Vom zuvor öffentlich postulierten humanitären Handlungswillen war nicht viel Konkretes übrig geblieben. Diesen Eindruck hinterlässt jedenfalls das vorliegende Protokoll. Nicolas Galladé, Sozialdirektor aus Winterthur (SP), bemäkelte, der Bundesrat müsse seine Positionen klarer kommunizieren, «damit die Städte diese weiterkommunizieren können». Berns grüne Sozialdirektorin Franziska Teuscher forderte zwar, der Bund solle den Städten aufzeigen, wie sich diese vermehrt engagieren könnten. Sie klagte aber auch: Die Flüchtlingspolitik werde emotional diskutiert und die Stadt Bern mit den Emotionen der Bevölkerung konfrontiert. Diese sei nicht genügend informiert, was der Bund schon alles unternehme. Bloss Zürichs Golta beharrte darauf, dass verschiedene Städte zusätzliche Aufnahmeprogramme wünschten und dafür Plätze zur Verfügung stellen würden. Galladé sagt heute: «Wir können als Städte den Bund nicht übersteuern. Aber unsere Bereitschaft, mehr zu tun, die ist seit langem deponiert.» Teuscher distanziert sich vom Protokoll, sie habe dieses nie autorisiert. «Ich habe dem SEM immer klar gesagt, dass die Berner Bevölkerung mehr Flüchtlinge aufnehmen will und ich das mit Nachdruck unterstütze.»

Ganz ergebnislos reisten die PolitikerInnen indes nicht ab. Gattiker hatte sich eine kleine Aufmunterung ausgedacht. Er kündigte eine Studie an, in der «komplementäre legale Zugangswege für Flüchtlinge und Vertriebene» untersucht würden. Die Studie, so Gattiker, könne «Ansätze für neue Ideen», unter anderem für die Zusammenarbeit mit den Städten, bieten. Versprochen wurde sie aufs erste Quartal 2021, nun heisst es aus dem EJPD, es dürfte bis in die zweite Jahreshälfte dauern. Was die Studie nun aufzeigen will, hätte der Bundesrat längst tun müssen. Schon vor zwei Jahren nämlich, im Mai 2019, hatte die Landesregierung nach intensivem Drängen der Städte in einem Resettlement-Konzept festgehalten, sie werde die Erarbeitung neuer Gesetzesgrundlagen prüfen.

«Viele Kinder, die vorher noch nicht psychisch krank waren, werden es im Flüchtlingslager»: Kinderpsychologin Katrin Glatz Brubakk in einer Baracke der Ärzte ohne Grenzen auf Lesbos.
FOTO: MURAT TÜREMIS, LAIF

DAS STILLE DRAMA VON LESBOS

«Sie schlagen ihren Kopf gegen die Wand»

Die Situation im neuen Lager auf der griechischen Insel Lesbos sei noch schlimmer als im ersten, berichtet Kinderpsychologin Katrin Glatz Brubakk. Das psychische Leid der Kinder sei enorm, die Evakuierung dringend.

INTERVIEW: PHILIPP HEDEMANN

WOZ: Frau Glatz Brubakk, worunter leiden die Kinder und Jugendlichen in den Flüchtlingslagern auf Lesbos?

Katrin Glatz Brubakk: Sie leiden unter allem, worunter Kinder psychisch leiden können: Albträume, Konzentrationsschwierigkeiten, niedrige Frustrationstoleranz, Aggressivität sowie Panikattacken. Manche Kinder ziehen sich fast vollständig von der Welt zurück. Sie spielen nicht mehr, manche haben seit acht Monaten kaum ein Wort gesprochen. Andere sind so apathisch, dass sie nicht mehr selber essen und gefüttert werden müssen. Sie sind so antriebslos, dass sie nicht einmal mehr selber zur Toilette gehen. Neunjährige Kinder müssen teilweise selbst tagsüber wieder Windeln tragen.

Welche Folgen hatte das Feuer im Flüchtlingslager?

Seitdem das Lager Moria abgebrannt ist, gibt es hier viele Kinder, die schlafwandeln. Das Feuer hat die Kinder im September letzten Jahres aus dem Schlaf gerissen. Plötzlich mussten sie um ihr Leben rennen. Davon träumen sie noch heute. Nachts laufen sie durchs Lager und schreien: «Hilfe! Es brennt! Ich sterbe!» Da das neue Lager direkt am Wasser liegt, binden mittlerweile manche Eltern ihre Kinder nachts fest, damit sie nicht ins Meer laufen und ertrinken. Körper und Psyche brauchen erholsamen Schlaf, um nicht krank zu werden. Aber die Kinder in den Flüchtlingslagern von Lesbos haben keinen guten Schlaf. Manche Kinder leiden auch deshalb unter schwersten Depressionen. Sie verletzen sich, indem sie sich selbst beissen, sich die Haare ausreissen oder ihren Kopf gegen die Wand oder auf den Fussboden schlagen, bis sie bluten.

Gibt es auch Kinder, die so verzweifelt sind, dass sie sich das Leben nehmen wollen?

Ja. Ärzte ohne Grenzen hat im Jahr 2020 fünfzig Kinder wegen schwerer Selbsttötungsgedanken oder Suizidversuchen behandelt. Das jüngste Mädchen war acht Jahre alt. In diesem Jahr haben wir schon drei Kinder nach Suizidversuchen behandelt. Unter ihnen ist ein dreizehnjähriger Junge aus Afghanistan, der schon sehr viele Selbstmordversuche hinter sich hat.

Wie können Sie ihm helfen?

Wir sehen ihn und seine Eltern mehrmals pro Woche. Wenn nötig, verschreiben wir Medikamente und erstellen mit den Eltern Sicherheitspläne. Wir versuchen, die Lage – soweit es unter den Bedingungen hier geht – zu stabilisieren, bis die Kinder in eine psychiatrische Klinik auf dem griechischen Festland verlegt werden können. Nur in so einer Einrichtung kann eine richtige Behandlung erfolgen.

Wie können Sie anderen psychisch kranken Kindern helfen?

Indem wir mit ihnen sprechen, spielen und malen. Beim Spielen können sich die Kinder zumindest für kurze Zeit entspannen. Das baut das Stresshormonlevel im Körper ab. So werden Kinder wieder in die Lage versetzt, sich zu konzentrieren und zu lernen. Mit den älteren Kindern sprechen wir viel, um gute, aber verschüttete Erinnerungen wieder hervorzuholen. Viele Kinder malen immer wieder Schulen, weil sie endlich wieder zur Schule gehen wollen. Ein siebenjähriger Junge aus Syrien malt ständig sein grünes Fahrrad, das bei der Bombardierung seines Elternhauses zerstört wurde. Er würde so gerne wieder Fahrrad fahren. Wenn Kinder keine Träume, Wünsche und Pläne mehr haben, sehen sie keinen Grund mehr, morgens aufzustehen und weiterzuleben. Das müssen wir verhindern.

Können die Eltern ihren psychisch kranken Kindern helfen?

Es gibt im Lager viele Eltern, die ich sehr dafür bewundere, wie sie ihren Kindern trotz der widrigen Umstände die bestmögliche Geborgenheit geben. Aber auch die Resilienz dieser Eltern ist irgendwann aufgebraucht. Zudem gibt es im Lager viele Kinder, die alleine geflohen sind oder keine Eltern mehr haben.

> «Viele Kinder malen immer wieder Schulen, weil sie wieder zur Schule gehen wollen.»

Viele Kinder waren schon vor Moria traumatisiert.

Viele, die vorher noch nicht psychisch krank waren, werden es hier. Die meisten Kinder sind aber bereits von dem traumatisiert, was sie in ihrer Heimat oder auf der Flucht erlebt haben. Sie haben erlebt, wie Familienangehörige verhungert sind oder vor ihren Augen enthauptet wurden. Viele haben erlebt, wie Angehörige ertrunken sind, als die völlig überladenen Schlauchboote zwischen der Türkei und Griechenland sanken. Vor allem Mädchen, die alleine flohen, wurden oft mehrmals vergewaltigt, mussten mit ihrem Körper für eine Übernachtung oder den nächsten Fluchtabschnitt bezahlen.

Gibt es für psychisch kranke Kinder im Lager Heilungschancen?

Hier können wir uns nur darum bemühen, sie am Leben zu halten. Wir kleben nur ein Pflaster auf die Brandwunde, während die Menschen noch im Feuer stehen. Als Therapeutin macht mich das total fertig, denn ich weiss, dass es möglich wäre, diese Kinder unter normalen Bedingungen zu heilen.

Sind wenigstens die Bedingungen im neuen Lager besser?

Nein! Zwar wurden vor kurzem ein paar Paletten unter die Zelte gelegt, sodass sie nicht ständig überflutet sind. Auch hat man mittlerweile Plastikplanen über die Zelte gezogen, damit es nicht immer hineinregnet. Und es gibt jetzt ein paar Duschen im Lager, damit man sich zumindest einmal in der Woche waschen kann. Früher war das hier gar nicht möglich. Aber es gibt immer noch viel zu wenig Toiletten. Und die sind so dreckig, dass viele Menschen möglichst wenig essen und trinken, damit sie nicht so oft aufs Klo müssen. Das Essen, für das sie lange Schlange stehen müssen, ist oftmals zu wenig, und manchmal ist es zudem vergammelt. Immerhin haben die verschärften Sicherheitsmassnahmen dazu geführt, dass es weniger Messerstechereien gibt. Aber alles in allem kann man das doch keine Verbesserung nennen. Den meisten Menschen geht es jetzt schlechter, als es ihnen im katastrophalen Lager Moria ging.

Warum?

Weil ihre Hoffnung schwindet. Als ich vor fünf Jahren das erste Mal in Moria war, herrschte hier noch eine ganze andere Stimmung. Die Menschen waren froh, dass sie die gefährliche Bootsfahrt überlebt hatten, und hofften, sich bald eine neue Existenz aufbauen zu können. Von dieser Hoffnung ist kaum noch etwas geblieben. Fast achtzig Prozent der Menschen, die jetzt in den Lagern auf Lesbos leben, sind seit mindestens fünfzehn Monaten hier. Sie sind zermürbt. Mittlerweile geben viele die Hoffnung auf, dass das Leben jemals besser wird. Bei vielen Menschen sind die Reserven aufgebraucht. Sie brechen einfach zusammen.

Katrin Glatz Brubakk

Die Norwegerin Katrin Glatz Brubakk (50) unterrichtet Klinische Kinderpsychologie an der Universität Trondheim.

Sie kehrt im Auftrag von Ärzte ohne Grenzen jedes Jahr für mehrere Monate nach Lesbos zurück, wo sie traumatisierte und suizidgefährdete Kinder und Jugendliche behandelt. «Wenn sich die geflüchteten Kinder einmal in dein Herz geschlichen haben, lassen sie dich nicht mehr los», sagt sie zu ihrer Motivation.

Leiden Kinder stärker als Erwachsene unter der Perspektivlosigkeit?

Wir Erwachsenen haben Lebenserfahrung. Wir haben in unserem Leben bereits Probleme erlebt und gelöst und wissen aus Erfahrung, dass nach schwierigen Zeiten oft bessere Zeiten kommen. Vor allem Kinder, die ihr gesamtes bewusstes Leben auf der Flucht oder in einem schlimmen Flüchtlingslager verbracht haben, wissen das nicht. Darum verzweifeln sie leicht.

Was macht es mit einem Kind, wenn es unter solch schlimmen Bedingungen aufwächst?

Das hat katastrophale Folgen. Kinder sind stärker als Erwachsene von der Umgebung abhängig. Sie brauchen Sicherheit, Geborgenheit und Planbarkeit, um sich gesund entwickeln zu können. All das ist im Lager nicht gegeben. Die Kinder stehen unter Dauerstress. Sie haben immer das Gefühl, auf der Hut sein zu müssen. Wenn man chronisch in Alarmbereitschaft ist, kann sich der Teil des Gehirns, der unter anderem fürs Planen, Lernen, die Regulierung von Gefühlen und die Etablierung guter zwischenmenschlicher Beziehungen zuständig ist, nicht richtig entwickeln.

Im Lager können die Kinder auch nicht zur Schule gehen. Welche Folgen hat das?

Wenn sie irgendwann an einem sicheren Ort leben, wird es für viele eine grosse Herausforderung werden, zur Schule zu gehen. Viele von ihnen haben noch nie eine Schule besucht, andere seit Jahren nicht mehr. Sie müssen erst lernen, sich zu konzentrieren, still zu sitzen und zuzuhören. Je älter sie sind, desto grösser sind ihre Wissenslücken.

Werden sie das Versäumte je aufholen können?

Sobald Kinder gute Lebensbedingungen erhalten, können ihre Gehirne oft Unglaubliches leisten. Aber je länger die Kinder zuvor im Lager gelebt haben, desto länger werden sie brauchen, um sich zu integrieren, und desto mehr Unterstützung werden sie dabei brauchen. Abgesehen davon, dass wir schon jetzt eine moralische Pflicht haben, diesen Kindern zu helfen, verursachen wir durch die unterlassene Hilfeleistung auch riesige sozioökonomische Kosten, die unsere Gesellschaften später tragen müssen. Auch deshalb müssen wir die Kinder hier so schnell wie möglich rausbringen. Jeder Tag zählt!

Wer ist schuld daran, dass die Geflüchteten auf Moria so leiden?

Die Bedingungen im Lager sind nicht das Resultat einer Naturkatastrophe, die wir nicht verhindern konnten. Sie sind die Folge von politischen Entscheidungen. Seit über fünf Jahren machen ich und viele andere immer wieder auf diese Schande Europas aufmerksam. Politische Entscheidungsträger versprechen uns dann, dass es besser wird – aber das Gegenteil ist der Fall! Vor allem die Kinder müssen aufs griechische Festland und in andere europäische Länder gebracht werden, wo sie gesund aufwachsen können. Es muss eine europäische Lösung geben. Aber: Europa guckt zu, wie diese Menschen langsam zugrunde gehen. Es ist eine politische Wahl, Menschen so zu behandeln. Nach dem Feuer sagte die EU: Nie wieder Moria! Jetzt haben wir ein zweites Moria.